

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zwölfmal.

Abonnements-Preis:
vierteljährl. für Berlin 7 M 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:
die dreispaltige Zeile 40 Pf.

Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf.

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierbei als VII. Beilage: No. 9 der Allgem. Verlosungs-Tabelle.

Telegraphische Depeschen.

Karlsruhe, 28. Februar, Abends. (C. T. C.)
Serienziehung der Badischen 35-Gulden-Lose:
179 206 217 271 305 400 463 488 497 628 636
671 729 731 801 814 843 922 936 951 1023 1094
1108 1155 1191 1193 1328 1342 1444 1479 1480
1490 1497 1566 1584 1644 1852 1973 2052 2132
2246 2275 2288 2293 2371 2379 2439 2477 2478
2540 2545 2594 2646 2653 2751 2851 2877 2954
2961 3000 3007 3036 3044 3064 3170 3195 3204
3252 3260 3277 3440 3442 3499 3523 3546 3675
3681 3713 3839 3841 3897 4001 4004 4009 4042
4236 4278 4314 4353 4373 4406 4414 4498 4513
4572 4656 4658 4670 4781 4803 4823 4898 4932
4943 5027 5037 5120 5145 5184 5185 5291 5315
5351 5576 5581 5649 5692 5695 5752 5799 5862
6082 6085 6106 6122 6125 6131 6132 6174 6290
6338 6438 6473 6522 6523 6610 6700 6729 6830
6873 7111 7131 7142 7145 7177 7181 7192 7297
7316 7374 7430 7518 7606 7668 7675 7681 7739
7777 7855 7979.

Wien, 28. Februar, Abends. (C. T. C.) Heute
wurden im Ministerium des Innern unter Mit-
wirkung der beteiligten Ministerien noch einige
nachträgliche Punkte zu der Vereinbarung mit der
Serbischen Regierung wegen Anschlusses an die
Beschlüsse der Wiener Commission betreffs Fern-
haltung der Pestfrage erledigt und die Verhand-
lungen damit abgeschlossen. Bei den Verhand-
lungen wurden auch Punctationen bezüglich der
Dampfschiffahrt auf der Donau unterhalb Orsova
festgestellt. Hierbei wurde zum Ausgangspunkt
genommen, dass die Fahrten an vollständig un-
bedenklichen Uferstrecken getrennt von jenen an den
anderen Uferstrecken der Donau stattfinden
haben. Die einzuhaltenden sanitären Vorsichts-
massregeln und die von den beteiligten Regie-
rungen vorzunehmenden Amtshandlungen wurden
genau festgesetzt und werden diese Punctationen
auch einen integrierenden Bestandtheil der Verein-
barungen mit der Rumänischen Regierung zu
bilden haben.

London, 28. Februar, Abends. (C. T. C.) Der
Grossherzog von Hessen hat heute Nachmittag
seine Rückreise via Vliessingen angetreten.

London, 1. März, Morgens. (C. T. C.) Nach
weiteren Nachrichten vom Kap ist die gegen-
wärtige Lage der Englischen Truppen daselbst eine
befriedigende. Oberst Buller unternahm eine Re-
cognoscirung und brante bei dieser Gelegenheit
den Militärkraal Bangulissini nieder. Die von den
Engländern angelegten Verschanzungen in Ekowe
und Helpmakar sichern die Truppen gegen die
Angriffe der Zulus. Letztere beabsichtigen den
Zulufuss zu überschreiten und Natal anzugreifen,
wurden aber hieran durch das andauernde Regen-
wetter gehindert, in Folge dessen der Fluss sehr
angeschwollen ist.

(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 1. März.

Die 13. Sitzung des Deutschen Reichs-
tages wurde heute vom Präsidenten v. Forcken-
beck um 11½ Uhr vor ziemlich schwach besuchtem
Hause eröffnet.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein.
I. Interpellation des Abg. Thilenius und Ge-
nossen:

Wird die Reichsregierung dem Reichstage Mit-
theilung machen: 1. über die gegenwärtige Ver-
breitung der Pest? 2. über die bisher ergriffenen
und etwa noch zu ergreifenden Massnahmen zur
Verhütung einer Einschleppung der Seuche nach
Deutschland?

Der Reichskanzleramtspräsident Hofmann er-
klärt sich sofort zur Beantwortung bereit.

Der Interpellant Abg. Dr. Thilenius erhält
das Wort zur Begründung der Interpellation und
bemerkt gleich zu Anfang seiner Rede, dass er
nicht eine akademische Erörterung über die Pest
geben wolle, sondern nur zur Beruhigung des Lan-
des dieselbe zur Sprache bringen möchte. Die
Brutstätte der Pest ist da zu suchen, wo faulende
Organismen die Luft verderben und wo Schmutz

und mangelhafte Ernährung die Landesbewohner
für Krankheiten prädisponirt. Der Geh. Rath Hirsch
hat schon im Jahre 1876 genaue Forschungen über die
Russische Pest veröffentlicht und ihr Entstehen
und ihr Wachsen eingehend beobachtet. Darnach
ist es doch nicht ausgeschlossen, dass auch die
Nachbarländer gefährdet sind. Prof. Virchow sieht
die Hauptgefahr in der Russischen Armee, und
würde die grösste Beruhigung haben, wenn man
die Gewissheit hätte, dass dieselbe bisher frei von
Infectionen sich erwiesen habe. Jedoch ist durch
die ergriffenen Maassregeln schon soviel ge-
schehen, dass wir vor der Hand nichts zu fürchten
haben. Aber es ist gerathen, überhaupt Mittel zu
finden, welche der immer sich wiederholenden Ge-
fahr vorzubringen im Stande sind, und hierbei
wäre an eine internationale Seuchecommission
und eine ständige Deputation im Reichsgesundheits-
amt zu denken.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann. Die Rus-
sische Regierung Ath Iles gethan, um die Pest
auf ihren Ursprungsherd zu beschränken. Bis jetzt
ist kein Fall von Pest ausserhalb des Cordons con-
statirt. Der bekannte Fall in Petersburg ist durch
aus unerwiesen. Die officiële Untersuchung hat
ergeben, dass es nicht ein Pestfall gewesen sei.
Die Reichsregierung möchte indess auch die erste
Diagnose immerhin als möglich annehmen. Der
Telegraph hat aber schon sehr oft solche Alarm-
nachrichten gebracht. Aus derartigen Nachrichten
erwächst der Verantwortlichkeit der Regierung eine
eminente schwierige Situation. Wir müssen Alles
thun, um die Gefahr zu vermeiden, aber wir dürfen
auch nicht Verkehrsstörungen herbeiführen durch
unnötige Beschränkungen auf Grund von Alarmnach-
richten. Was den zweiten Punkt betrifft, so ist be-
kannt, dass nach gemeinschaftlichen Berathun-
gen mit Oesterreich-Ungarn eine Commission
nach Russland gesendet wurde. Es sind
dann Quarantänemaassregeln getroffen worden
an den Grenzen und weitere Maassregeln, ein mili-
tärischer Cordon, in Aussicht genommen, wenn die
Commission dies nöthig befände. Die Commission
ist zusammen mit der Oesterreichischen nach
Astrachan gereist. Am 22. d. ist die Nachricht von
Herrn Geh. Rath Hirsch gekommen, dass die Com-
mission gedächte, nach 10 tägiger Quarantäne in
das Pestgebiet einzudringen, sodass sie vielleicht
jetzt in Astrachan selbst ist. Sollte nun der Pestfall
in Petersburg auf Unwahrheit beruhen — was
als sicher gilt — so ist Alles gethan, was die Pest
auf ihren Herd beschränkt. Nichtsdestoweniger
ist die Regierung sich ihrer Verantwortung
vollständig bewusst und wird ihre Pflicht erfüllen.
(Lebhaftes Bravo.)

Auf den Antrag des Abg. Dr. Mendel wird
in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Mendel: Wenn das Publicum unnötiger-
weise allarmirt worden, so trifft die Schuld hier-
für die widersprechenden officiösen Nachrichten.
Man müsse trotz der beruhigenden Petersburger
Nachrichten die Angelegenheit scharf im Auge
behalten. Vom Herrn Präsidenten des Reichs-
kanzler-Amt aber möchte er sich Auskunft dar-
über erbitten, welche Maassregeln die Russi-
sche Regierung getroffen, um eine Einschleppung
der Seuche durch die vom Türkisch-Russischen
Kriegsschauplatz heimkehrenden Truppen zu ver-
hindern. Redner verlangt sodann Einführung einer
obligatorischen Leichenschau in unseren Grenz-
districten, die allein im Stande sei, uns vor Ge-
fahren zu bewahren.

Staatsminister Hofmann erwidert, dass man
nicht bezweifeln dürfe, dass die Russische Regierung
bezw. die Sanitätsbeamten der Russischen Armee
alle diejenigen Vorsichtsmaassregeln anordnen wer-
den, welche geeignet seien, die Einschleppung der
Seuche nach den nicht infectirten Landestheilen zu
verhindern.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

II. Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.
Abg. Dr. Reichensperger (Crefeld) wendet
sich zunächst gegen einige Ausführungen des Abg.
Richter in Bezug auf die directen Steuern. Die
Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer sei
für ihn der Prohibitsteuer gewesen. Damit sei
für ihn die directe Steuer gerichtet. Er glaube,
selbst Herr Dr. Löwe werde jetzt anderer
Meinung geworden sein. Insofern allerdings theile
er (Redner) die Ansicht dieser Herren, dass man

neben den bestehenden Steuern nicht noch neu
directe oder indirecte Steuern einführen dürfe.
Was die Matricularbeträge anlangt, so betrachte
man dieselben anscheinend als Sturmbock zur
Durchführung anderer Pläne, denn von keiner
Seite sei bisher auch nur der Versuch gemacht
worden, um eine gerechtere Vertheilung der-
selben herbeizuführen, sie einigermaassen er-
träglich zu machen. Er halte die Matricular-
beiträge für eine Schutzwehr gegen die Centrali-
sation; sie seien dazu da, den Föderalismus
zu stärken, auf welchem das Deutsche Reich
verfassungsmässig aufgebaut ist. — Die Entlastung
der Bürger von den gegenwärtigen Steuerlasten
müsse nach den verschiedensten Seiten hin zur
Durchführung gebracht werden, im Reiche, im
Staate und in der Commune; eine Abwäl-
zung der Lasten von der einen nach der
anderen Seite hin sei keine Erleichterung.
So lange indess an eine Herabminderung
des Armeebudgets nicht herangetreten werde,
so lange sei an eine Steuerentlastung nicht
zu denken. Man sollte nicht immer von der Opfer-
fähigkeit sprechen, sondern auch auf die Opfer-
freudigkeit einige Rücksicht nehmen. Man zahlte
eben in Deutschland Steuern, weil man sie zahlen
muss. Der Culturkampf mache die schweren
Lasten, welche auf dem Volke ruhen, doppelt schwer,
deshalb richte er die dringende Bitte an das
Haus, Deutschland vor Allem auch von diesem
Feinde zu befreien.

Bundescommissär, Geheim-Rath Huber giebt
mit Bezug auf eine Aeusserung des Abg. Richter
in der gestrigen Sitzung einige Erläuterungen
zu den Einnahmen aus der Rübenzucker- und Brannt-
weinsteuer.

(Schluss des Blattes.)

— Nirgends in Deutschland treibt der Particularismus
so wundersame Blasen an die Oberfläche,
wie in Bayern. Man sehnt sich dort eben wieder
aus dem Reiche heraus und möchte überall
Bayerische Grossmächts-Politik treiben. Wir hätten
keine Veranlassung, an dieser Stelle auf diese Er-
scheinung zurückzukommen, wenn wir nicht seit
einer Zeit eine Reihenfolge anscheinend inspi-
rirter Artikel in Bayerischen Blättern fänden, in
denen sogar die Deutsche Reichsbank für „die
rückläufige Richtung der nationalen Bewegung in
Bayern“ verantwortlich gemacht wird. Thatsache
ist es, dass man in Bayern von oben herab nur
unwillig die Ausdehnung der Wirksamkeit der
Reichsbank auf dieses Reichland von Anfang
an gesehen hat, das man kleinliche Chicanen,
Steuermaassregeln und sonstige feindliche Mass-
nahmen aller Art auf einander häuft, um seiner
wenig wohlwollenden Gesinnung gegen die Reichs-
bank Ausdruck zu geben, und dass man auf Kosten
der letzteren die angeblich grossen Verdienste der
Bayerischen Bankinstitute, namentlich der Königl.
Bayerischen Bank hervorzuheben bestrebt
bleibt. Glücklicher Weise wird dadurch nichts an
der gegenwärtigen Reichspolitik geändert werden,
sondern Bayern wird ebenso wie die Unterordnung
unter Kaiser und Reich, so auch die Hineinzie-
hung in die gemeinsame Deutsche Bank-Organ-
isation und deren Leitung von einer Berliner
Centralstelle aus hinnehmen und dulden müssen.
Es ist im Augenblicke namentlich die Bekannt-
machung des Reichsbank-Directoriums, wonach vom
1. Juni ab Gelder der Kirchen, Schulen, Hospit-
äler und anderer milder Stiftungen und öffent-
licher Anstalten nicht mehr zur zinsbaren Belegung
von der Bank angenommen werden, aus der man
die Angriffspunkte in Bayerischen Blättern ent-
nimmt. So finden wir eben im „Südd. Bank- und
Handelsblatt“ einen Artikel, der von diesem Ge-
sichtspunkte aus die Reichsbank angreift, dabei
aber leider denn doch mehr Unkenntnis der ein-
schlagenden Verhältnisse bekundet, als man bei
einem Fachblatt voraussetzen darf. Sehen wir
uns deshalb diesen Artikel, der eine Verherrlichung
des Bayerischen Particularismus und eine Bek-
ämpfung der Wirksamkeit der Reichsbank zum
Zwecke hat, einmal etwas genauer an. Es wird
von der Reichsbank behauptet, „sie gewähre nur
den Repräsentanten des Geldmonopols Erleich-
terungen, um diesen die Mittel zu gewähren, nach
unten herab gegen hohe Procente Wucher zu be-
treiben, sie nehmen nicht die Wechsel des Mittel-